

Antrag der Fraktion der CDU

Cybermobbing bekämpfen – Prävention stärken und Täter zur Verantwortung ziehen

Cybermobbing ist eine zunehmende gesellschaftliche Herausforderung, die durch die Anonymität und Reichweite digitaler Plattformen verstärkt wird. Die psychischen und sozialen Folgen für die Betroffenen sind gravierend und reichen von Angstzuständen und Depressionen bis hin zu Suizidgedanken. Studien zeigen, dass sowohl junge Menschen als auch Erwachsene immer häufiger Opfer solcher Angriffe werden. Laut der Barmer Sinus-Studie hat sich Cybermobbing in Deutschland weiter verschärft: 61 Prozent der Jugendlichen gaben an, bereits Erfahrungen mit Cybermobbing gemacht zu haben. Auf Schulen bezogen tritt dies häufig im direkten Umfeld der Opfer auf, etwa durch Mitschülerinnen und Mitschüler. Zudem berichten etwa zwei Drittel der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen von bekannten Fällen an ihren Einrichtungen. Auch in Bremen sind Schulen und Jugendeinrichtungen zunehmend mit der Problematik konfrontiert. Es bedarf gezielter Maßnahmen, um den Schutz von Kindern und Jugendlichen in unserem Bundesland zu gewährleisten. Die Problematik wird besonders durch die Allgegenwärtigkeit digitaler Kommunikation verstärkt, wodurch ein sicherer Rückzugsraum für Betroffene oft fehlt.

Die derzeit bestehende Gesetzeslage reicht nicht aus, um Täter konsequent zu verfolgen und präventiv tätig zu werden. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion sieht es daher als geboten an, dass der Gesetzgeber dafür sorgen muss, dieses Phänomen einzudämmen und die Sicherheit im digitalen Raum zu gewährleisten. Cybermobbing ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine ernsthafte Bedrohung für die körperliche und seelische Gesundheit vieler Menschen. Der Staat hat die Pflicht, seine Bürger auch im digitalen Raum zu schützen. Präventive Maßnahmen, eine schärfere Strafverfolgung und gezielte Aufklärungsarbeit sind essenziell, um den Missbrauch digitaler Kommunikationsmittel zu bekämpfen. Ein entschlossenes Vorgehen signalisiert nicht nur gesellschaftliche Werte, sondern schafft auch eine Kultur der Verantwortung und des Respekts im digitalen Zeitalter.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Cybermobbing als eigenständiger Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Dabei soll eine Freiheits- oder Geldstrafe gegen diejenigen verhängt werden können, die durch Telekommunikation oder Computersysteme das Leben einer Person über einen längeren Zeitraum unzumutbar beeinträchtigen, indem sie die Würde dieser Person verletzen oder Tatsachen sowie Bildaufnahmen höchstpersönlicher Lebensbereiche ohne Zustimmung der Betroffenen für eine größere Zahl von Menschen wahrnehmbar machen.
2. gezielte Aufklärungskampagnen zu initiieren, die über die psychischen Auswirkungen und Mechanismen von Cybermobbing informieren. Hierbei sind insbesondere Schulen und Jugendeinrichtungen einzubinden, um ein breites Bewusstsein für die Thematik zu schaffen.

3. im Schulunterricht die Themen Cybermobbing, digitale Selbstverteidigung und Medienkompetenz stärker zu verankern, um Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte und Eltern für die Risiken und Folgen zu sensibilisieren und Präventionsarbeit zu stärken.
4. bestehende Institutionen und Initiativen im Land Bremen zu unterstützen und zu stärken, die sich der Prävention von Cybermobbing sowie der Beratung und Unterstützung von Betroffenen widmen, und diese Angebote flächendeckend und niedrigschwellig verfügbar zu machen.
5. in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Justiz, dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend und anderen relevanten Akteuren sicherzustellen, dass betroffene Personen über ihre Rechte und Unterstützungsangebote, wie z. B. über die Website hilfe-info.de, informiert werden.
6. die bestehende Onlinewache im Land Bremen zu einer zentralen Meldeplattform für Cybermobbing auszubauen. Der Zugang soll erleichtert werden, indem die Navigation intuitiver gestaltet wird, sodass Betroffene ohne Umwege direkt zur entsprechenden Meldeoption gelangen. Zusätzlich soll das Portal um eine anonyme Meldfunktion erweitert und schnelle Unterstützung für Betroffene bereitgestellt werden. Um die Nutzung weiter zu fördern, ist eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, um die Onlinewache als vertrauenswürdige und bekannte Anlaufstelle in der Bevölkerung zu etablieren.
7. interdisziplinäre Forschung an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen zur Erarbeitung wirksamer Präventionskonzepte und Interventionsstrategien zu fördern.

Beschlussempfehlung:

Theresa Gröninger, Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Yvonne Aeverwenser, Hetav Tek, Frank Imhoff und Fraktion der CDU